

Anfragen: Septembersession 2016

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Finanzdirektion FIN			
10	Hügli (Biel, SP)	USR III: Bluten Städte und Gemeinden?	3
15	Köpfli (Bern, glp)	Teilt der Regierungsrat die Einschätzungen des abtretenden Steuerverwalters Bruno Knüsel?	4
16	Köpfli (Bern, glp)	Gibt es im Kanton Bern (Kader-)Angestellte mit massiven Überzeit-/Ferienguthaben?	5
Erziehungsdirektion ERZ			
2	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum müssen Schülerinnen und Schüler mit unfertigem Lehrmittel Französisch lernen?	6
17	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Stellenaufstockung an der PH Bern, insbesondere in der Verwaltung	7
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
1	Amstutz (Corgémont, Grüne)	Biodiversität entlang der Strassen	8
3	Grimm (Burgdorf, glp)	Planung der 2. Ausbaustappe (Umfahrung Burgdorf)	9
11	von Kaenel (Villeret, FDP)	Warum werden die Arbeiten auf den verschiedenen Baustellen im Taubenloch nicht besser koordiniert?	10
13	Etter (Treiten, BDP)	Strassenmarkierungen	11
14	Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)	Übersteuert die Regierung den Prozess der Begleitgruppe der BLS?	12
18	Wüthrich (Huttwil, SP)	Zukunft des Generalabonnements im öffentlichen Verkehr (GA)	13
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK			
5	Grimm (Burgdorf, glp)	Warum führt der Kanton Bern keine schwarze Liste über säumige Prämienzahler?	14
Polizei- und Militärdirektion POM			
4	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wie viel kosten UMAS und UMFS?	15
7	Imboden (Bern, Grüne)	Kriterien für die Evakuierung im Rahmen der Notfallplanung Atomkraftwerk Mühleberg?	16
9	Hügli (Biel, SP)	Resozialisierung durch Arbeit an der Gesellschaft	17
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
6	Imboden (Bern, Grüne)	Schutzmassnahmen auf dem Berner Arbeitsmarkt zum Erhalt der Personenfreizügigkeit	18



Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)

- | | | | |
|---|--|---|----|
| 8 | Sauvain (Moutier, PSA) (Sprecher/in)
Gasser (Bévilard, PSA) | Abstimmung zur Kantonszugehörigkeit von Moutier: Wird der Regierungsrat die Ergebnisse der Experten vorlegen? | 19 |
|---|--|---|----|

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

- | | | | |
|----|--|---|----|
| 12 | Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP) | Absichtliche Gefährdung der Bevölkerung bei staatlicher Abgabe von Cannabis mit 12 % THC-Wert | 20 |
|----|--|---|----|

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 04.09.2016

Eingereicht von: Hügli (Biel, SP)

Beantwortet durch: FIN

USR III: Bluten Städte und Gemeinden?

Wenn die Unternehmenssteuerreform III in der von den eidgenössischen Räten beschlossenen Form in Kraft tritt, dann hat diese für den Kanton Bern massive finanzielle Konsequenzen zur Folge. Der Kanton Bern beabsichtigt nun in der Steuerstrategie eine Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen. Damit wären auch die Städte und Gemeinden im Kanton Bern betroffen.

Fragen:

1. Welche finanzielle Kompensation stellt der Kanton Bern den Städten und Gemeinden in Aussicht?
2. Auf welcher kalkulatorischen Grundlage basiert dieser Kompensationsbetrag?
3. Wie viele zusätzliche Stellen werden im Amt für Gemeinden und Raumordnung geschaffen, um den Zusatzaufwand aufgrund der voraussehbaren finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden aufzufangen?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 05.09.2016

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Teilt der Regierungsrat die Einschätzungen des abtretenden Steuerverwalters Bruno Knüsel?

In einem Interview mit der Berner Zeitung vom 27. Juli 2016 kritisierte der abtretende Berner Steuerverwalter Bruno Knüsel das komplizierte Steuersystem und insbesondere die Vielzahl an Steuerabzügen. Konkret sagte er u. a. «Man müsste etliche Abzüge streichen, dann könnte man einen flacheren Steuertarif einführen, sodass netto die Steuereinnahmen gleich blieben. Doch die Politiker wollen für jeden Einzelfall eine Sonderregelung.»

Als Grossrat Daniel Trüssel und ich vor wenigen Monaten die Prüfung von weniger/tieferen Steuerabzügen zugunsten einer Senkung der Steueranlage verlangten, lehnte der Regierungsrat dies hingegen ab (vgl. Postulat 1442/2015).

Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die zitierte Einschätzung von Bruno Knüsel?
2. Wenn ja: Welche Massnahmen wird er in diese Richtung ergreifen?
3. Wenn nein: Welche Argumente hält er denen von Bruno Knüsel entgegen?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 05.09.2016

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Gibt es im Kanton Bern (Kader-)Angestellte mit massiven Überzeit-/Ferienguthaben?

Im Kanton St. Gallen machte jüngst ein Fall Schlagzeiten, bei dem ein Generalsekretär über Jahre mehr als 10 000 Überstunden bzw. nicht bezogene Ferien angehäuft hat.

Fragen:

1. Gibt es beim Kanton Bern aktuell Angestellte mit mehr als 1000 Überstunden bzw. mit dem Gegenwert in nicht bezogenen Ferien?
2. Falls nein: Gibt es im Kanton einen Kontrollmechanismus, der dies verhindert?
3. Falls ja: Sind darunter Spitzenbeamte, die direkt einem Regierungsmitglied unterstellt sind?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 27.08.2016

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Warum müssen Schülerinnen und Schüler mit unfertigem Lehrmittel Französisch lernen?

Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat im Rahmen des Frühfranzösischunterrichts die Einführung der neuen Lehrmittel «Mille feuilles» und «Clin d'oeil» beschlossen. Anfang August haben die Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen die Ausgabe für ihren Jahrgang ausgehändigt bekommen. Dabei mussten sie sich die Augen reiben. In der «Revue» sind mehrere Seiten schlichtweg leer. Nur die Überschrift «vocabulaire de classe» (Klassenwortschatz) ist abgedruckt. Von Wörtern aber ist auf den – bis auf die Überschrift – leeren Seiten keine Spur zu finden. Die Lehrkräfte haben den Schülern offenbar als Grund angegeben, dass der Schulverlag als Herausgeber noch immer nicht fertig sei mit der Ausarbeitung des neuen Lehrmittels. Die Schülerinnen und Schüler müssen also mit einem halbfertigen Lehrmittel mit leeren Seiten ins Schuljahr starten. Auch von der Ausgabe für die 9. Klasse ist offenbar noch keine Spur in Sicht.

Fragen:

1. Warum ist der Lehrmittelverlag noch immer nicht fertig mit dem Lehrmittel «Clin d'oeil»?
2. Muss der Lehrmittelverlag dem Kanton/den Gemeinden eine Konventionalstrafe dafür bezahlen, dass «Clin d'oeil» nicht rechtzeitig für den Schulstart der 8. Klassen fertig war?
3. Entschädigt der Kanton die Gemeinden für allfällige Ersatzanschaffungen für die noch nicht fertigen Lehrmittel?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 05.09.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Stellenaufstockung an der PH Bern, insbesondere in der Verwaltung

Es ist stossend, dass einerseits die Löhne der Lehrpersonen immer noch unter denjenigen der an den Kanton angrenzenden Kantonen liegen und auf dem Land aus Spargründen Schulen (die Herzen der Dörfer) geschlossen werden und dass andererseits die Verwaltung an der PH im letzten Jahr um 9 neue Vollzeitstellen aufgestockt wurde. Obschon die Zahl der Studierenden im letzten Jahr nur um 24 Personen zugenommen hat, wurden 22,6 neue Anstellungen geschaffen.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass die immer spärlicher vorhandenen finanziellen Mittel direkt den Schulen und Lehrpersonen zukommen sollen?
2. Wie viel kostet den Kanton Bern diese Stellenaufstockung um insgesamt 31,6 Stellen?
3. Wo wird der Regierungsrat diese Mehrkosten einsparen?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 08.06.2016

Eingereicht von: Amstutz (Corgémont, Grüne)

Beantwortet durch: BVE

Biodiversität entlang der Strassen

Die Strassenränder werden im Rahmen des Strassenunterhalts ein- oder zweimal jährlich durch die kantonalen Stellen der BVE gemäht. Das Verfahren ist unterschiedlich: Auf gewissen Abschnitten begnügt man sich, einen 50 cm breiten Streifen zu mähen, um die Signalstangen vom Gewächs zu befreien; auf anderen Abschnitten, meistens an Böschungen, wird über zwei bis drei Meter gemäht. In Hanglagen, die meist gut besonnt sind, wächst eine reichhaltige und vielfältige Flora. Die erwähnte Mähpraxis trägt zweifellos zu einem Artenrückgang bei.

Fragen:

1. Ein solcher Übereifer trägt mit Sicherheit zu einer Erhöhung der Unterhaltskosten bei. Wie lässt sich diese Kostensteigerung beziffern?
2. Wie rechtfertigt der Kanton, dem Biodiversität und Kosteneinsparungen am Herzen liegen, diese übertriebene und unnötige Praxis?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 01.09.2016

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, glp)

Beantwortet durch: BVE

Planung der 2. Ausbauetappe (Umfahrung Burgdorf)

Der Grosse Rat wird in der Septembersession die Kreditvorlage für den Ausbau bzw. Neubau der Erschliessung Emmental (Burgdorf–Oberburg–Hasle) beraten.

Die BVE hat im Rahmen der Vorprojektierung sieben Ausbauvarianten umfassend auf ihre verkehrstechnischen, finanziellen und umweltrelevanten Wirkungen untersucht.

Die im Grossen Rat nun vorgeschlagene Variante entspricht keiner dieser ausgearbeiteten Varianten. Entschieden hat sich der Regierungsrat für einen Vollausbau, der Kredit bezieht sich jedoch auf eine Etappierung (Burgdorf+, Oberburg und Hasle Umfahrung).

Fragen:

1. Wann (in welchem Jahr) wird voraussichtlich entschieden, ob zusätzlich auch die Umfahrung Burgdorf gebaut werden soll?
2. Werden bei Annahme des in der Septembersession 2016 vorgelegten Kredits Planungen in Bezug auf die Umfahrung Burgdorf vorkommen?
3. Mit welchen Folgekosten ist zu rechnen für die 2. Ausbauetappe?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 04.09.2016

Eingereicht von: von Kaenel (Villeret, FDP)

Beantwortet durch: BVE

Warum werden die Arbeiten auf den verschiedenen Baustellen im Taubenloch nicht besser koordiniert?

Seit mehreren Monaten klagen die Pendlerinnen und Pendler über tägliche Staus zwischen Péry und Biel. Diese sind die Folge verschiedener Baustellen (Sanierung der Brücke beim Zementwerk in Péry, Sanierung der Tunnels, Sanierung der Bougeant-Viadukte usw.). Ohne diese Arbeiten in Frage zu stellen, ist doch anzunehmen, dass eine bessere Koordination der Arbeiten zu wesentlich weniger Verkehrsbeeinträchtigungen während der Spitzenzeiten geführt hätte.

Fragen:

1. Warum wurde mit der Sanierung der Bougeant-Viadukte nicht schon zu Beginn der schönen Jahreszeit begonnen?
2. Musste die Strasse zum Plateau de Diesse ausgerechnet zur selben Zeit gesperrt werden?
3. Warum wurde bis Mitte August gewartet, um auf einigen Baustellen die Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h auf 60 km/h zu erhöhen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 04.09.2016

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: BVE

Strassenmarkierungen

In verschiedenen Städten und Ortschaften sind unterschiedlich farbige Strassenmarkierungen angebracht.

Grundsätzlich sind die Fussgängerstreifen und die Velostreifen gelb. Es gibt aber auch rote Markierungen für Fussgänger oder Velofahrer. Vereinzelt gibt es auch grüne Markierungen auf Strassen (z. B. in Gurbrü).

Für die Verkehrsteilnehmer sind diese unterschiedlichen Markierungen verwirrend und schaffen Unklarheit.

Fragen:

1. Weshalb werden in letzter Zeit für die gleichen Zwecke unterschiedliche Markierungen angebracht?
2. Was bedeuten die einzelnen Farben bei den Markierungen?
3. Gibt es beim Kanton ein einheitliches Farbkonzept darüber, welche Farben und Muster zu welchen Zwecken auf den Strassen oder öffentlichen Plätzen angebracht werden sollen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 05.09.2016

Eingereicht von: Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)

Beantwortet durch: BVE

Übersteuert die Regierung den Prozess der Begleitgruppe der BLS?

In der gemeinsamen Antwort zu den Motionen 137-2015 und 146-2015 betreffend die Pläne der BLS für den Bau einer Werkstätte in Riedbach führt der Regierungsrat aus:

«Der Regierungsrat hat Verständnis für die kritischen Fragen und die konkreten Motionsforderungen zum Standort Riedbach. Das BLS-Projekt hat bei vielen Betroffenen und Interessierten grosses Unbehagen ausgelöst. Dies führte dazu, dass die BLS nun auf Anregung des Kantons nochmals gründlich über die Bücher geht und eine Begleitgruppe "Werkstätte BLS" eingesetzt hat. Die Begleitgruppe hat den Auftrag, die bisherige Standortevaluation der BLS unvoreingenommen und kritisch zu überprüfen. Der Regierungsrat verspricht sich viel vom partizipativen Weg, den die BLS nun eingeschlagen hat. Die Mitglieder der breit abgestützten Begleitgruppe bringen die vorher viel zu kurz gekommene Aussensicht ein und werden das Projekt kritisch durchleuchten. Um diesen laufenden Prozess nun nicht zu übersteuern, sollten dessen Ergebnisse vorerst abgewartet werden, bevor über das weitere Vorgehen entschieden wird.»

Dennoch brachte sich die Regierung Mitte August mit einer Stellungnahme in den Prozess der Begleitgruppe ein und bezeichnete den Standort Thun als «unvorteilhaft und mit zahlreichen wirtschaftlichen, raumplanerischen, technischen und insbesondere finanziellen Nachteilen für den Kanton Bern». In der Folge nahm die Begleitgruppe mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Standort Thun für die Regierung nicht in Frage kam. Es wäre der einzige Standort, bei dem kein Kulturland beansprucht worden wäre, betonte die Gruppe in ihrer Mitteilung.

In der Begleitgruppe genoss der Standort Thun offensichtlich gewisse Sympathien, eben weil er unter den geprüften 44 Standorten als einziger kein Kulturland benötigte. Der Standort hätte damit auch den raumplanerischen Grundsätzen des Kantons entsprochen. Die Konflikte mit den Ansprüchen der Armee und andere Schwierigkeiten waren der Begleitgruppe durchaus bekannt, doch hat die negative Haltung des Regierungsrates wohl massgebend dazu beigetragen, dass der Standort Thun-Nord von der Begleitgruppe vorzeitig nicht mehr weiterverfolgt wird.

Frage:

1. Ist der Regierungsrat bereit, seine Haltung zu überdenken und der Begleitgruppe seine Unterstützung für eine Realisierung des Standortes Thun-Nord anzubieten?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 05.09.2016

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: BVE

Zukunft des Generalabonnements im öffentlichen Verkehr (GA)

SBB-Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar will das erfolgreiche Generalabonnement im öffentlichen Verkehr «neu denken». Zukünftig soll ein System Fahrten automatisch zum günstigsten Preis abrechnen. Die SBB wollen damit das Ende des GA einläuten. Es wäre das Ende des GA in seiner heutigen Form. Dabei ist das GA wichtig für die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und ein innovativer Pfeiler des Erfolgsmodells Schweizer öV.

Das GA ist Teil des «direkten Verkehrs» und in Europa einzigartig: Egal, wie viele verschiedene Transportunternehmen auf einer Reise benutzt werden, ein einziges Billett genügt.

Fragen:

1. Wie kann der Regierungsrat auf den Entscheid über die Zukunft des GA Einfluss nehmen?
2. Welchen Einfluss hat das GA für die Berner Verkehrspolitik?
3. Welche Auswirkungen hat eine Systemänderung beim GA auf die anderen Verbundabonnemente im direkten Verkehr wie das im Kanton Bern bekannte «Libero-Abo»?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 02.09.2016

Eingereicht von: Grimm (Burgdorf, glp)

Beantwortet durch: JGK

Warum führt der Kanton Bern keine schwarze Liste über säumige Prämienzahler?

Kürzlich war den Medien zu entnehmen, dass über 100 000 Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämie nicht begleichen. Immer mehr wollen oder können ihre Prämien nicht bezahlen. Beispielsweise im Kanton Zürich wurden 2014 Rechnungen in der Höhe von ca. 38 Mio. Franken nicht bezahlt. Mehrere Kantone haben auf die Entwicklung reagiert und schwarze Listen mit den Namen der säumigen Prämienzahlerinnen und Prämienzahler eingerichtet. Im Kanton Aargau etwa sind aktuell ca. 10 000 Personen erfasst.

Auf den schwarzen Listen werden beispielsweise im Kanton Luzern, wo 6000 Personen nicht zahlen, nur Personen aufgeführt, die ihre Prämien nicht zu bezahlen bereit sind.

Fragen:

1. Wie viele Personen gibt es im Kanton Bern, die ihre Krankenkassenprämien nicht zahlen?
2. Welche Folgekosten verursachen diese Zahlungsunwilligen dem Kanton Bern?
3. Erwägt der Regierungsrat, eine schwarze Liste einzuführen?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 02.09.2016

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: POM

Wie viel kosten UMAS und UMFS?

Der Kanton Bern leistet sich ein aufwendiges System der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF). Namentlich betreibt der Kanton Bern sechs separate Zentren für UMAS und UMFS.

Fragen:

1. Wie viel kostet durchschnittlich die Unterbringung und Betreuung eines UMA oder UMF?
2. Wie viel kosten durchschnittlich die Integrationsmassnahmen pro UMA oder UMF?
3. Sind die Kosten für Unterbringung, Betreuung und Integration von UMAS und UMFS im Vergleich zu anderen Kantonen eher hoch oder eher tief?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 03.09.2016

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: POM

Kriterien für die Evakuierung im Rahmen der Notfallplanung Atomkraftwerk Mühleberg?

Am 1. September 2016 publizierte der Regierungsrat per Medienmitteilung, dass die Planung zur vorsorglichen Evakuierung von Teilen der Zone 2 und zur nachträglichen Evakuierung kontaminierter Gebiete erarbeitet werde und er den Auftrag erteilt habe, «bis Ende 2017 je ein Konzept zur vorsorglichen Evakuierung von Teilen der Zone 2 (Richtgrösse: 30 000 Einwohner) und zur nachträglichen Evakuierung von kontaminierten Gebieten nach einer Freisetzung von Radioaktivität auszuarbeiten.»

Fragen:

1. Nach welchen Kriterien wird entschieden, welche 30 000 «Einwohner» (sind Einwohnerinnen auch gemeint?) aus der Zone 2 ausgewählt werden?
2. Was passiert mit den restlichen Personen aus der Zone 2 im Falle eines Atomunfalls im AKW Mühleberg, da die letzten Jahre vor und während der Stilllegung besonders gefährlich sind?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 04.09.2016

Eingereicht von: Hügli (Biel, SP)

Beantwortet durch: POM

Resozialisierung durch Arbeit an der Gesellschaft

Kürzlich hat die Abteilung Bewährungshilfe und alternativer Strafvollzug das 25-jährige Bestehen der gemeinnützigen Arbeit (GA) im Kanton Bern gefeiert.

Fragen:

1. Mit welchen Massnahmen kann die zukünftige Entwicklung des Anteils der GA gesteuert werden?
2. In welchen Tätigkeitsfeldern stehen die Tätigkeiten der GA in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft?
3. Werden bei diesen Tätigkeiten die orts- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen berücksichtigt?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 03.09.2016

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Schutzmassnahmen auf dem Berner Arbeitsmarkt zum Erhalt der Personenfreizügigkeit

Das ausgesprochen knappe Ja zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 war Ausdruck davon, dass sich viele Berufstätige in der Schweiz Sorgen um die Löhne und die Arbeitsplätze gemacht haben. Bund, Kantone und Sozialpartner müssen die Missbräuche der Personenfreizügigkeit rasch und konsequent beseitigen. Und zwar mit nicht-diskriminierenden, arbeitsmarktlichen Massnahmen, die mit den Bilateralen vereinbar sind. Es braucht einen besseren Schutz der Löhne, u. a. über mehr Lohnkontrollen, höhere Bussen bei Missbräuchen, sowie einen Abbau der bürokratischen Hürden bei der Allgemeinverbindlich-Erklärung von GAV. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen besser gegen Kündigung geschützt werden. Weiter sollen sich die öffentliche Hand und die Arbeitgeber stärker an den Kosten der ausserhäuslichen Kinderbetreuung beteiligen, damit Beruf und Familie einfacher unter einen Hut zu bringen sind.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, im Kanton Bern eine Meldepflicht für offene Stellen einzuführen?
2. Mit welchen Begleitmassnahmen werden ältere Personen und Frauen im Kanton Bern gefördert, damit sie verstärkt am Arbeitsmarkt teilnehmen können?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 03.09.2016

Eingereicht von: Sauvain (Moutier, PSA) (Sprecher/in)
Gasser (Bévilard, PSA)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Abstimmung zur Kantonszugehörigkeit von Moutier: Wird der Regierungsrat die Ergebnisse der Experten vorlegen?

Bei der Erarbeitung ihrer Roadmap im Hinblick auf die Abstimmung über die Selbstbestimmung der Gemeinde Moutier haben die Unterzeichner, d. h. der Gemeinderat von Moutier sowie die Regierungen der Kantone Jura und Bern, stets ihren gemeinsamen Willen geäussert, dafür zu sorgen, dass die Stimmberechtigten in Kenntnis aller Tatsachen werden abstimmen können. Deshalb wurden Experten mit der Beantwortung einiger sachbezogener Fragen beauftragt. Die Veröffentlichung der Schlussfolgerungen dieser Experten war für Ende Sommer angekündigt.

Es scheint heute wichtig, dafür zu sorgen, dass der Expertenbericht von den drei betroffenen Exekutiven klar vorgestellt, gutgeheissen und kommentiert wird. Es geht nämlich nicht nur um eine gute Information der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch um die Aufrechterhaltung eines ruhigen und sachlichen Klimas.

Fragen:

1. Wann werden die Gutachten veröffentlicht?
2. Wie und in welcher Form wird der Regierungsrat die Antworten der Experten verwenden, um die Stimmberechtigten zu informieren?
3. Beabsichtigen der bernische Regierungsrat, die jurassische Kantonsregierung und der Gemeinderat von Moutier eine gemeinsame Veröffentlichung der Expertenergebnisse?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Septembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 04.09.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Absichtliche Gefährdung der Bevölkerung bei staatlicher Abgabe von Cannabis mit 12 % THC-Wert

In Apotheken sollen an einige hundert Versuchsteilnehmerinnen und Versuchsteilnehmer pro Monat 25 g (pro Bezug 5 g) Cannabis mit einem THC Gehalt von 12 Prozent abgegeben werden. Da diese hohe Dosis zu einem Rausch führen wird, würde damit die Gefährdung der Gesundheit und Unversehrtheit der Mitmenschen willentlich in Kauf genommen. Unfälle im Verkehr und Gewalttaten sind bei Kifferinnen und Kiffern erwiesenermassen hoch. Auch würde bei einer Zulassung dieses Versuchs gegen das Betäubungsmittelgesetz und gegen den Willen der grossen Mehrheit der Bevölkerung und des Grossen Rates des Kantons Bern verstossen. Die Polizeiarbeit würde untergraben.

Fragen:

1. Hat der Kanton bei der Stadt Bern wegen dieses Vorhabens interveniert?
2. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass, falls das BAG wirklich eine Bewilligung erteilen würde, den Versuchsteilnehmerinnen und Versuchsteilnehmern der Fahrzeugausweis entzogen werden müsste?
3. Kann es sich ein Rechtsstaat erlauben, dass es Kifferinnen und Kiffer gibt, die gebüsst werden, und andere, die vom Staat ihren Joint erhalten?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat